

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Bezirksvertretung 9 (Mülheim)	03.11.2014

### **Planung zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtbezirk Mülheim, besonders in Dünnwald/Höhenhaus und Flittard**

#### **Anfrage der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung 9**

**AN /1356/2014**

BV Thomas Rossbach und Fraktionsvorsitzender Dr. Thomas Portz bitten um die Beantwortung folgender Anfragen:

Die Stadt Köln ist zur Unterbringung der ihr zugewiesenen Flüchtlinge und Asylsuchenden gesetzlich verpflichtet. Darüber hinaus tragen wir alle eine humanitäre Verantwortung für Notleidende und Verfolgte. Dieser Verantwortung stellt sich die CDU-Fraktion.

Sie ist bereit, an der Lösung der schwierigen Probleme konstruktiv mitzuarbeiten und wird dort, wo es notwendig ist, eigene Initiative ergreifen.

Sie erwartet von der Verwaltung aber auch, dass sie ihre Vorschläge und Standortkriterien offen und transparent erläutert und damit nachvollziehbar macht.

Auch im Stadtbezirk Mülheim wird es erforderlich werden, Flüchtlinge unterzubringen. Damit stellen sich folgende Fragen:

1. In welchem Umfang werden Flüchtlinge in Mülheim untergebracht werden?
2. Gerüchten zu Folge kursiert in der Verwaltung bereits ein Arbeitspapier, in dem mehrere Standorte in Dünnwald, Flittard und Höhenhaus genannt werden. Daher die Frage: Gibt es bereits konkrete Standorte, welche von der Verwaltung geprüft werden?
3. Ab wann ist konkret mit der Umsetzung, sprich mit Bau von Flüchtlingsheimen oder Umbau bestehender Gebäude, zu rechnen?
4. Wie werden die Heime betrieben, welche Betreiber sind vorgesehen?
5. Welche Maßnahmen werden im Stadtbezirk Mülheim getroffen, um eine reibungslose Integration in das Umfeld der Flüchtlingsheime zu unterstützen, und möglichst die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen?

#### **Zur Beantwortung teilt die Verwaltung folgendes mit:**

Zu 1)-3)

Es ist für die nächsten Monate vermehrt mit einem Zugang von Flüchtlingen zu rechnen, die dauerhaft in Köln untergebracht werden müssen. Dementsprechend werden die laufenden Bauvorhaben und Akquisebemühungen unter Hochdruck vorangetrieben, um eine schnellstmögliche Realisierung

von weiteren Unterbringungsplätzen zu ermöglichen. Konkret sollen in den nächsten Wochen und Monaten eine Vielzahl neuer Unterbringungsplätze entstehen. Hierunter fallen die drei Standorte für schnell lieferbare Wohncontainer in Lövenich, Blumenberg und Worringen, die Fertigstellung der im April 2014 beschlossenen Unterkünfte in Systembauweise mit abgeschlossenen Wohneinheiten in den Stadtteilen Zündorf, Wahn, Bayenthal, Brück, Rondorf, Deutz und Longerich, weitere Bestandsobjekte und Beherbergungsbetriebe sowie die Notmaßnahme im Gebäude des ehemaligen Praktiker-Baumarktes in Porz-Eil.

Gemessen am weiterhin anhaltenden Anstieg der Flüchtlingszahlen werden diese Ressourcen mit dem Zeitpunkt der Verfügbarkeit sehr schnell belegt sein, so dass zwingend weitere, kurzfristig verfügbare Unterkünfte geschaffen werden müssen, um die gesetzliche Unterbringungsverpflichtung weiterhin erfüllen zu können.

Eine entsprechende Beschlussvorlage für den Rat ist in Vorbereitung. Sobald das verwaltungsinterne Abstimmungsverfahren abgeschlossen ist, wird die Verwaltung die Politik umgehend informieren.

Zu 4)

An den Standorten wird die soziale Betreuung der Flüchtlinge von ausgebildeten Sozialarbeitern bzw. Sozialpädagogen wahrgenommen. Der Betrieb von städtischen Wohngebäuden wird durch den sozialen Dienst des Amtes für Wohnungswesen wahrgenommen bzw. über ein Vergabeverfahren werden freie Träger oder Wohlfahrtsverbände mit der Heimleitung beauftragt.

Außerhalb der täglichen Dienstzeiten wird ein Hausmeister- und Sicherheitsunternehmen eingesetzt.

Zu 5)

Der Sozialarbeiter vor Ort ist Ansprechpartner für die Bewohner und selbstverständlich auch für die Nachbarschaft.

Gemäß dem Integrationsauftrag des Amtes für Wohnungswesen und dem Konzept "Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln" findet eine enge Vernetzungsarbeit im Stadtteil und Sozialraum statt. Das Amt für Wohnungswesen arbeitet u.a. im Stadtteil Mülheim bereits mit anderen Dienststellen wie Jugendamt, Interkultureller Dienst etc sowie Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern und Unterstützerguppen zusammen. Zudem unterstützt die Stadt Köln das vom Rat der Stadt Köln am 30.09.2014 beschlossene Konzept des Caritasverbandes für die Stadt Köln „Flüchtlinge im Stadtteil“, das im Stadtbezirk Mülheim umgesetzt wird.